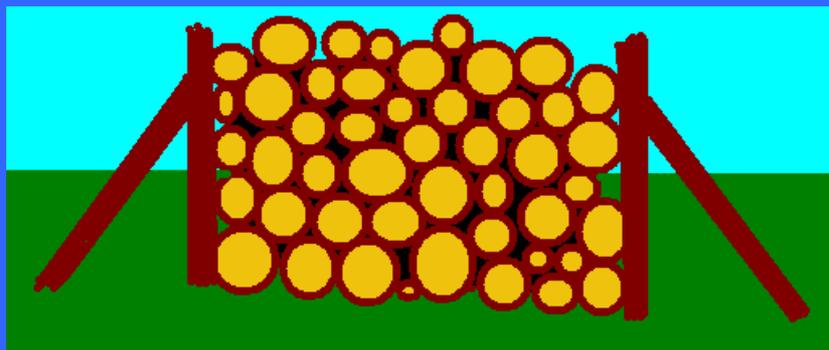




Leitfaden

Genehmigungsfreie Holzlagerung für den Eigenbedarf im Außenbereich





Holz ist der am längsten genutzte Brennstoff. Die Endlichkeit und damit steigende Preise fossiler Energieträger sowie der weltweite Energiehunger sind die Gründe, warum man sich wieder stärker auf die traditionsreichen Holzbrennstoffe besinnt, die bei nachhaltiger Forstwirtschaft CO₂-neutral Wärme erzeugen. Holz leistet einen wichtigen Beitrag im Mix der erneuerbaren Energien und liefert preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich Wärme und Strom. Häufig wird das Brennholz selbst aufgearbeitet. Dieses Scheitholz wird meist an der Luft getrocknet, wozu geeignete Lagerplätze benötigt werden.

Kleinere Brennholzstapel im Außenbereich verändern sich zwar ständig, weil sie auf- oder abgebaut werden. Dennoch stellen sie meist eine wertvolle Bereicherung der Biotopstruktur für Kleinlebewesen (Insekten, Reptilien, Säugetiere, Vögel) dar. Umgekehrt können ab einer gewissen Größe, insbesondere im Zusammenhang mit der ofenfertigen Aufarbeitung des Brennholzes sowie der An- und Abfahrt, auch nachteilige Wirkungen für die Natur ausgehen. Werden die Stapel womöglich mit bunten Plastikfolien abgedeckt, werden sie zwar zu einem „Hingucker“, aber nicht unbedingt zu einer Bereicherung des Landschaftsbildes. Deshalb ist nicht jede Holzlagerung im Außenbereich genehmigungsfrei.

Wichtige Hinweise enthalten das Bau- und das Naturschutzrecht.

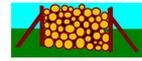
Genehmigungsfreie Holzlagerung für den Eigenbedarf im Außenbereich:

Baurecht:

Die Anlage von Plätzen für das landschaftsangepasste Lagern von Brennholz für den Eigenbedarf bis zu 40 m³ Rauminhalt je Flurstück ist in Hessen baugenehmigungsfrei (§ 55 in Verbindung mit Anlage 2 Nr. 12.9 der Hessischen Bauordnung (HBO)). Sollen mehr als 10 m³ Holz gelagert werden, so ist dies i.d.R. der Gemeinde schriftlich zur Kenntnis zu geben. Diese sollte mit der Naturschutzbehörde klären, ob ein Eingriff vorliegen kann. Mit dem Vorhaben darf 14 Tage nach Eingang der erforderlichen Bauvorlagen bei der Gemeinde begonnen werden, wenn die Gemeinde der Bauherrschaft nicht schriftlich erklärt, dass ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll. Details sind in Anlage 2 Abschnitt V Nr. 1 der HBO geregelt.

Naturschutzrecht:

Die baugenehmigungsfreie Holzlagerung im Außenbereich auf land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken ist i.d.R. auch naturschutzrechtlich



genehmigungsfrei. Ab einer Lagerung von 10 m³ sollte eine Klärung mit der Naturschutzbehörde erfolgen (s.o.).

Wichtig ist hierbei, dass die Lagerung landschaftsangepasst erfolgt, d.h. mit einer landschaftsangepassten Abdeckung (Bunte Folien, Werbeaufdrucke sind nicht zulässig, eine Höhe des Holzstapels von zwei Metern sollte nicht überschritten, Folienabdeckungen sollten mit Hölzern beschwert werden).

Auch die Holzlagerung in Obstwiesen oder entlang von Hecken ist unproblematisch, wenn der Bestand der Obstwiese oder Hecke dadurch nicht beeinträchtigt wird. In den genannten Fällen liegt in der Regel keine Veränderung der Gestalt oder Nutzung einer Grundfläche vor, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Naturhaushalts oder Landschaftsbildes führen kann.

Rücksichtnahmen, genehmigungsbedürftige Holzlagerung im Außenbereich:

Wichtig ist, dass zu Straßen, Einmündungen oder Einrichtungen der Energieversorgung oder Telekommunikation Abstände eingehalten werden. Auch entlang von anderen landwirtschaftlichen Grundstücken, landwirtschaftlichen Wegen oder Holzabfuhrwegen sollte ein gewisser Mindestabstand eingehalten werden, damit die Vorbeifahrt z.B. von Mähdreschern oder anderen Großgeräten nicht behindert wird.

Sonderregelungen können ferner gelten für Ufer- und Überschwemmungsbereiche, Wasserschutzgebiete sowie bestimmte Biotopflächen; hier hilft ein Anruf bei der Wasser- oder Naturschutzbehörde.

Ein Genehmigungsbedarf kann insbesondere entstehen

- bei Lagerung größerer Holzmengen im Außenbereich,
- bei gewerblichen Zwecken,
- bei Plätzen, auf denen Holz nicht nur gelagert, sondern z.B. laufend zu Brennholz verarbeitet wird,
- wenn Schuppen oder andere bauliche Anlagen errichtet werden sollen
- in Landschaftsschutz- und insbesondere Naturschutzgebieten oder
- wenn das Holz auf einer wunderschönen Orchideenwiese gestapelt werden soll.



Hier liegt in der Regel rechtlich eine Nutzungsänderung einer Fläche vor, die ein bau- und naturschutzrechtliches Zulassungsverfahren erforderlich macht. Ggf. könnte sogar eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich sein. Natürlich sollte es das eigene Grundstück sein oder die Zustimmung des Eigentümers muss vorliegen.

Im Regelfall sollten bis zu 40 m³ Lagervolumen pro Haushalt als unproblematisch angesehen werden können.

Hintergründe

Mit dem Inkrafttreten eines unmittelbar geltenden Bundesnaturschutzgesetzes im Jahr 2010 wurde zwar formell bisheriges gleichlautendes oder entgegenstehendes Landesrecht wie das Hessische Naturschutzgesetz (HENatG) aufgehoben; unverändert bleibt jedoch, dass die Regelungen des bisherigen HENatG, die lediglich inhaltliche Konkretisierungen des allgemeinen Eingriffstatbestandes darstellen, inhaltlich weiter herangezogen werden können.

Dies betrifft auch die bisherige Regelung des § 13 Abs. 3 Nr. 6 HENatG 2006. Danach galt nicht als Eingriff:

"6. das landschaftsangepasste vorübergehende Lagern von Produkten und Betriebsmitteln der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung sowie die Errichtung landschaftlich angepasster Unterstelleneinrichtungen mit einem Rauminhalt von bis zu 5 m³ je Flurstück; "

Hierbei galt die Volumenbeschränkung nur für den 2. Halbsatz, nicht für die Lagerung von Produkten oder Betriebsmitteln der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung. Bereits zu der Vorgängerregelung gab es eine Erlassregelung vom 25. September 2006 unter Bezugnahme auf die Verwaltungspraxis in Südhessen, die eine Lagerung für den Eigenbedarf einer Familie in einer Größenordnung von ca. 40 m³ als in der Regel unbedenklich ansah. Aktuell sind bis zu 40 m³ baugenehmigungsfrei, ab 10 m³ ist eine Bauanzeige an die Gemeinde erforderlich, sofern keine naturschutzrechtliche Zulassung erforderlich ist.

Diese Information wird als Arbeitsmaterial der Hessischen Naturschutzverwaltung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Gleichfalls untersagt ist die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf diese Information nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Information dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, diese Information zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.